

Schlagkräftige
Bundeswehr
2020plus



Für Dich.
Deutscher BundeswehrVerband.

VORWORT

Mit der Kampagne „Schlagkräftige Bundeswehr 2020“ (BW2020) hat der DBwV im Mai 2014 entscheidende Impulse für den weiteren Übergang der Bundeswehr zu einer einsatzbereiten Freiwilligenarmee gegeben. Mit der „Agenda Attraktivität“ oder auch der „Agenda Rüstung“ des Bundesministeriums der Verteidigung sind wichtige Weichen für die Zukunft gestellt worden. Die Notwendigkeit der personellen sowie materiellen Stärkung der Bundeswehr und damit eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts gehören endlich zu den politischen Topthemen. Und schließlich hat der sogenannte „Weißbuchprozess“ Bewegung in die sicherheitspolitische Selbstfindung unseres Landes gebracht.

Die Nato hat angesichts der russischen Ukraine-Politik die Fähigkeit zur Bündnisverteidigung wieder auf Platz eins ihres Daseins gehoben. Der militärische Kampf gegen den internationalen Terrorismus unterliegt einer hohen Dynamik. Dazu ist mit der Flüchtlingskrise die Amtshilfe im Innern Dauerthema geworden. An der Bundeswehr wird von allen Seiten sprichwörtlich gezerrt. Sie droht zu zerreißen. Die 2011 im Schwerpunkt zur „Kontingentgestellungsarmee“ getrimmte Bundeswehr reicht für das, was sie leisten soll, nicht aus. Die weltweiten Krisen und Konflikte verlangen eine schnellere Ausrichtung der Bundeswehr auf weitere gefährliche und anspruchsvolle Aufgaben.

Will die Politik mit der Bundeswehr bis 2020 über ein weiterhin zuverlässiges sicherheitspolitisches Instrument verfügen, muss sie weiter und mehr investieren: in Personal, Infrastruktur und Ausrüstung als Grundlage für Ausbildung, Übung und Einsatz.

Deshalb schreiben wir die „BW2020“ mit der „BW2020plus“ fort. In ihr fassen wir zusammen, was in Ergänzung zur nach wie vor aktuellen „BW2020“ in Angriff zu nehmen ist. Dabei betrachten wir die politische, die organisatorische und die soziale Dimension.

Wir haben schon viel erreicht. Jedoch liegt noch einige Arbeit vor uns. Während sich andere zurücklehnen, packt der DBwV als Interessenvertretung der Menschen der Bundeswehr weiterhin an. Wir gestalten, andere verwalten!

Oberstleutnant André Wüstner,
Bundesvorsitzender





POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Sicherheitspolitische Interessen definieren. // Die sicherheitspolitische Lage in der Welt unterliegt einer großen Dynamik, die Herausforderungen werden komplexer und die instabilen Regionen zahlreicher. Die Rufe nach einem neuen umfassenden Sicherheitsbegriff werden lauter. Umso dringender bedarf es einer klaren Definition der sicherheitspolitischen Interessen und Ziele Deutschlands im „Weißbuch 2016“. Als Grundlage für Auftrag und Aufgaben der Bundeswehr ist das Weißbuch Voraussetzung für eine fähigkeitsbezogene Schwerpunktsetzung innerhalb der Streitkräfte. Es ist ein zentrales sicherheitspolitisches Grundlagedokument der gesamten Bundesregierung für die Ausgestaltung von Sicherheit als Kernbereich staatlichen Handelns.

Zusammenarbeit in Europa stärken. // Will der Kontinent sicherheitspolitisch handlungsfähiger werden, ist eine verstärkte europäische Zusammenarbeit auf militärischer Ebene notwendig. Auch hier kann sich Deutschland seiner Vorreiterrolle nicht entziehen. Politik muss die europäische Kooperation vorantreiben und die politischen Mechanismen für die gegenseitige Verlässlichkeit und den gemeinsamen Einsatz stärken. Das ist Deutschland zudem seiner Rolle als Stabilitätsanker der Nato in Europa schuldig. Die Bundeswehr ist bereit für eine engere europäische Kooperation, die sich nicht auf Rüstungskoooperation beschränken darf, sondern auch Verfahren, Prozesse und soziale Rahmenbedingungen umfassen muss.

Lebendigen und starken Parlamentsvorbehalt bewahren. // Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Der Parlamentsvorbehalt ist Ausdruck unseres Demokratieverständnisses und hat zu keinem Zeitpunkt die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands infrage gestellt. Die Mandatserteilung des Bundestages für bewaffnete Einsätze ist eine feste verfassungsrechtliche Grundlage, verpflichtet das Parlament zu einer sicherheitspolitischen Debatte und ist damit wesentliche Voraussetzung für die Verankerung der Bundeswehr in unserer Gesellschaft. Der Parlamentsvorbehalt ist nach wie vor eine Stärke und keine Schwäche Deutschlands. Daher darf er nicht ausgehöhlt werden.

Vernetzten Ansatz leben. // Der Begriff des „Comprehensive Approach“ wird gern beschworen, aber noch zu wenig gelebt. Wer Sicherheit als umfassend begreift, muss alle staatlichen und nicht staatlichen Akteure dazu bringen, sich ernsthaft an diese gemeinsame Aufgabe zu setzen. Die Bundeswehr muss zu oft als Lückenbüßer für mangelhaft vernetztes Handeln erhalten. Ein funktionierender vernetzter Ansatz unter einheitlicher nicht militärischer Planungs- und Führungsverantwortung ist Voraussetzung für erfolgreiche Krisenprävention, insbesondere wenn Ausbildungsmissionen der Bundeswehr frühzeitig der Stärkung staatlicher Sicherheitsstrukturen dienen. Wie immer gilt: Die Bundeswehr kann nur den militärischen Teil des sicherheitspolitischen Handelns leisten. Die Anwendung von militärischer Gewalt ist zwar äußerstes, der Einsatz der Bundeswehr aber nicht zwangsläufig letztes Mittel.

Bundeswehr klare Aufgaben zuweisen. // Aus der Definition der sicherheitspolitischen Interessen und Ziele muss ein zeitgemäßer und belastbarer Aufgabenzuschnitt für die Bundeswehr festgeschrieben werden. Offene Fragen zum Einsatz im Innern, Pirateriebekämpfung und mehr sind in der Verfassung und politischen Grundlagendokumenten wie dem Weißbuch festzulegen. Auch der Deutsche Bundestag sollte untersuchen, welcher Anpassungsbedarf der Wehrverfassung zielführend wäre – beispielsweise mit einer Enquete-Kommission.



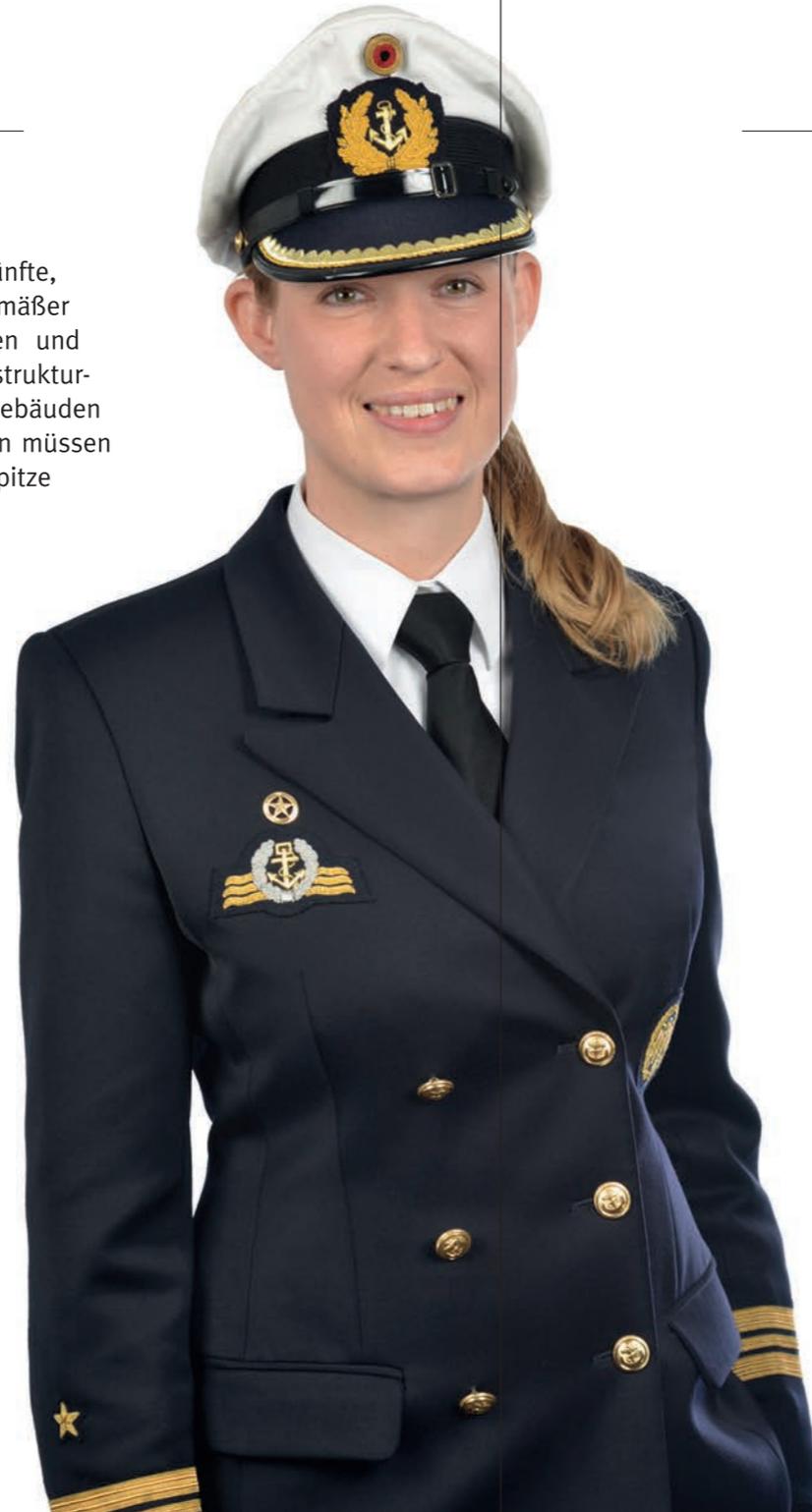
ORGANISATIONSFOLGEN FÜR DIE BUNDESWEHR

Verteidigungshaushalt erhöhen. // Unsere Sicherheit ist viel wert. Die eingeleitete finanzielle Trendwende für den Verteidigungshaushalt ist fortzusetzen. Dieser ist deutlich und nachhaltig zu erhöhen, damit die Bundeswehr das leisten kann, was sie leisten soll. Als Mitglied der Nato hat sich Deutschland festgelegt: Innerhalb einer Dekade sollen alle Nato-Partner zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung aufwenden. Das wären derzeit rund 60 Milliarden Euro. Bis 2021 muss der Verteidigungshaushalt wenigstens 45 Milliarden Euro betragen, um zumindest den notwendigen Modernisierungsbedarf für eine einsatzbereite Bundeswehr decken zu können.

Personalkörper flexibilisieren. // Die Bundeswehr ist seit Langem „überbucht“: umfassende Unterstützung bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise, zahlreicher werdende Einsätze sowie Verpflichtungen zur Stärkung der Bündnisverteidigung in der Nato. Um all das gleichzeitig zu leisten, ist die Bundeswehr aufgrund vieler Sparauflagen inzwischen zu klein. Wegen der sicherheitspolitischen Herausforderungen wäre es verantwortungslos, bestehende personelle Lücken weiter hinzunehmen. Daher müssen starre Personalobergrenzen fallen, um einen koordinierten und zielorientierten personellen Aufwuchs zu gewährleisten. Die langfristigen Ziele und Eckpunkte für militärische und zivile Personalgewinnung, -bindung und -entwicklung sind in einer Personalstrategie festzuschreiben.

Infrastruktur modernisieren. // Es bedarf moderner Unterkünfte, technisch hervorragend ausgestatteter Büros und zeitgemäßer Betreuungseinrichtungen, die den Anforderungen einer attraktiven und einsatzbereiten Bundeswehr entsprechen. Die grundsätzlichen Infrastrukturanforderungen wie die Trennung von Funktions- und Unterkunftsgebäuden sind zu überprüfen und anzupassen. Neubau- und Sanierungsvorhaben müssen beschleunigt werden. Kürzere Alarmierungszeiten für die Nato-Speerspitze oder die Nato-Response-Force erfordern zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten innerhalb der militärischen Liegenschaften. Das Stationierungskonzept von 2011 muss anhand des heutigen Bedarfs untersucht werden. Die Bundeswehr braucht wieder mehr statt weniger Liegenschaften mit ortsnahen Ausbildungs- und Übungsmöglichkeiten.

Ausrüstung und Ausstattung verbessern. // Der Prozess hin zu einer zukunftsfähigen Ausrüstung und Ausstattung der Bundeswehr ist mit aller Kraft weiter voranzutreiben. Die Bundesregierung ist es den Soldatinnen und Soldaten, der Bevölkerung und den Bündnispartnern schuldig, die Truppe strukturgerecht und vollständig auszurüsten. Mit der Agenda Rüstung sind die großen Rüstungsvorhaben zunächst geordnet. Es bedarf jedoch für den täglichen Dienst – insbesondere für den Ausbildungs- und Übungsbetrieb – endlich der notwendigen Ausstattung. Auch die persönliche Ausrüstung muss stimmen!



Binnenarbeitsmarkt Deutschland stärken. // Soldaten auf Zeit sind gut ausgebildetes Personal, von dem insbesondere der öffentliche Dienst profitieren kann. Der Binnenarbeitsmarkt ist durch vereinfachte und attraktive Regeln für den Wechsel in ein Beamten- oder Tarifbeschäftigungsverhältnis sowie durch die vermehrt zivil nutzbare Ausbildung der Soldaten auf Zeit, insbesondere der Mannschaften, zu stärken. Allein wegen der kleiner werdenden Geburtsjahrgänge sollte durch eine bessere Durchlässigkeit zwischen den Statusverhältnissen alles daran gesetzt werden, einmal gewonnenes Personal an die Bundeswehr oder den öffentlichen Dienst zu binden.

Wichtiges ziviles Know-how erhalten. // Das zivile Know-how ist unbedingt zu retten. Nur mit zivilen Beschäftigten ist eine schlagkräftige und zukunftsfähige Bundeswehr möglich. Deshalb darf die Anzahl der zivilen Beschäftigten in der Bundeswehr nicht weiter sinken, sondern muss einem militärischen Personalzuwachs entsprechend wieder aufwachsen. Wegen des hohen Altersdurchschnittes muss ein Wissenstransfer an junge Kolleginnen und Kollegen frühzeitig gesichert werden.

Flüchtlingshilfe mit Augenmaß leisten. // Auch wenn „Wir schaffen das!“ gerade für alle Hilfeleistenden der Bundeswehr gilt, darf die Flüchtlingshilfe nicht zu einem Projekt werden, das Personal, Erfahrung und Verantwortung langfristig bindet. Trotz bereitwilligem Engagement der Menschen der Bundeswehr führt diese Aufgabe zu besonderen Belastungen, die kompensiert werden müssen. Die Flüchtlingshilfe darf nicht zu einer Überlastung und damit zu einer Einschränkung der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr in den Kernaufgaben führen. Zusagen über eine Reduzierung sind einzuhalten.

Überfällige Aufgabenkritik zulassen. // Die Bundeswehr braucht eine schonungslose Aufgabenkritik im zivilen wie im militärischen Bereich. Hohle Strukturen und personelle Engpässe müssen offengelegt werden, um die klaffende Schere zwischen Aufgabendichte und zur Verfügung stehenden Ressourcen schließen zu können. Die laufende Evaluierung und Nachsteuerung der Reformentscheidungen für das Verteidigungsministerium muss mit einer Untersuchung der nachgeordneten Organisationsbereiche fortgesetzt werden. Auch die überdimensionale Zentralisierung und mehrgleisige Verantwortung beispielsweise für die materielle Einsatzbereitschaft ist auf ihre Zweckmäßigkeit hin zu überprüfen.



SOFORTMASSNAHMEN FÜR DIE MENSCHEN DER BUNDESWEHR

Führen statt verwalten. // Alle Vorgesetzten der Bundeswehr müssen wieder in der Lage sein, sich den Menschen und der Einsatzbereitschaft ihres Verantwortungsbereichs zu widmen, anstatt „nur“ IT zu bedienen oder Prozesse zu verwalten. Die Vorgesetzten brauchen Freiräume durch weniger bürokratische Vorgaben und den Wegfall überholter Auflagen. Führen mit Auftrag und die Wahrnehmung von Verantwortung anstatt einer fortschreitenden „Verantwortungsdiffusion“ müssen auf allen Ebenen wieder möglich sein. Das „Militärische“ muss in den Streitkräften wieder in den Mittelpunkt gerückt werden.

Statusverhältnis modernisieren. // Das Dienstverhältnis muss in seinen Grundregeln modernisiert und flexibilisiert werden, ohne Altbewährtes aufzugeben. Dazu gehört ein System der flexiblen Zuruhesetzung („BS flex“) und auch die vorzeitige Entlassung von Soldaten auf Zeit auf eigenen Wunsch unter Beachtung von Sperrfristen nach teuren Ausbildungsgängen. Eine hohe Laufbahndurchlässigkeit muss einen breiten Aufstieg geeigneter Personen erlauben.

Gleiche Altersversorgung für gleichen Dienst ermöglichen. // Die Altersversorgung der Soldaten muss vereinheitlicht werden. Soldaten auf Zeit müssen nach Ausscheiden eine Versorgungsanwartschaft mitnehmen, Berufssoldaten in einem neuen Statusverhältnis mit einer kürzeren Dienstzeit („BS flex“) eine attraktive Altersversorgung erhalten.

Bewährte Beihilfe weiterentwickeln. // Die Beihilfe ist ein bewährtes System. Dennoch muss sie modernisiert und weiterentwickelt werden: Die Direktabrechnung im stationären Bereich gehört ebenso dazu wie eine gesetzliche Höchstbearbeitungszeit und eine durchweg zu erfolgende elektronische Bearbeitung und Verwaltung.

Reservisten gehören zur Bundeswehr. // Die Organisation des Reservistenwesens ist grundlegend zu überprüfen, um sich den neuen sicherheitspolitischen, gesellschaftlichen und militärischen Rahmenbedingungen anzupassen. Ebenso sind neue Kooperationsmodelle mit der Wirtschaft auf den Weg zu bringen und Anreize für Arbeitgeber zur Freistellung



der Reservisten zu schaffen. Weil das Vakanzenmanagement in der Bundeswehr nur noch durch motivierte Reservisten sichergestellt werden kann, muss deren Dienst noch attraktiver werden – zum Beispiel durch die Kostenerstattung wöchentlicher Familienheimfahrten. Bessere Organisation, höhere Motivation und optimierte Kooperation sind Schlüssel für ein erfolgreiches Reservistenwesen.

Veteranenpolitik richtig gestalten. // Veteranen müssen sich in Bundeswehr und Gesellschaft wiederfinden, vorrangig durch eine hohe Anerkennung und Wertschätzung. Eine neue Veteranenkonzeption muss neben Kriterien für eine Veteranenkultur auch Maßnahmen gegen die hohe Dunkelziffer bei einsatzbedingten psychischen Erkrankungen enthalten. Ebenso sind unter anderem eine Höchstdauer von einem Jahr für die Anerkennungsverfahren von Wehrdienstbeschädigungen festzulegen und die Rahmenbedingungen zur Behandlung und Integration von Einsatzversehrten zu optimieren. Familien- und Paartherapien sowie Kuren bedürfen einer gesetzlichen Verankerung in der unentgeltlichen truppenärztlichen Versorgung oder in der Beihilfe.

Besoldungsordnung der Einzigartigkeit des Soldatenberufs anpassen. // Soldaten brauchen eine eigenständige und zukunftsweisende Besoldung für ihr einzigartiges Berufsbild. „Ein Dienstgrad – eine Besoldungsgruppe“, ein einfaches Zulagensystem und berufsgerechte Dienstbezüge sind Bausteine dafür.

Diversity als Chance begreifen. // Ganz Deutschland wird davon profitieren, wenn die Bundeswehr die gesamte Gesellschaft in ihrer Vielfalt anspricht, für sich interessiert, ausbildet und nutzt. Migranten und deren Folgegeneration sind nach einer erfolgreichen Integration und Einbürgerung auch eine Chance für die Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr.

Innere Führung festigen. // Die Innere Führung ist eine Stärke und ein Alleinstellungsmerkmal unter den Streitkräften der Welt. Sie ist zusammen mit der „Auftragstaktik“ und einer echten Fehlerkultur zu bewahren und gestärkt ins 21. Jahrhundert zu führen. Gelebtes Leitbild muss weiterhin der mündige Staatsbürger in Uniform sein, der seine Rolle und die Rahmenbedingungen für die Bundeswehr unter dem Primat der Politik reflektiert. Dies erfordert: mehr politische Bildung in der Bundeswehr!

Einsatzbegriff zeitgemäß definieren. // Gleiche Belastung, gleiche Gefährdung, gleiches Recht – der Begriff „Einsatz“ muss neu definiert werden: Jeder Auftrag, der vom Regelbetrieb abweicht, muss die grundsätzlich gleichen rechtlichen Rahmenbedingungen haben. Das betrifft insbesondere den Anspruch auf erhöhte Dienstbezüge, die Einsatzversorgung, Betreuungsmaßnahmen und die angemessene Anerkennung.

Betreuung schlagkräftig gestalten. // Wirksame Betreuungsangebote sind für die Bundeswehr notwendiger denn je. Betreuungspersonal muss flächendeckend in Hauptfunktion zur Verfügung stehen. Ziel müssen Beratungs- und Betreuungsangebote, die einer modernen Einsatzarmee gerecht werden, an jedem Standort sein.



Realitäten der Pendlerarmee Bundeswehr anerkennen. // Die Bundeswehr wird bis auf Weiteres eine Pendlerarmee bleiben. Reisekostenerstattung, Umzugskostenvergütung und Trennungsgeld müssen an die heutige Lebenswirklichkeit angepasst werden. Das betroffene militärische wie zivile Personal muss eine Wahlmöglichkeit zwischen der Erstattung von Umzugskosten und Zahlung von Trennungsgeld haben. Die Kostenerstattung für Familienheimfahrten ist generell für jede wöchentliche Heimfahrt sicherzustellen.

Einsatzbereitschaft durch und nicht trotz Arbeitszeitregelung gewährleisten. // Mit der Soldatenarbeitszeitverordnung wurde die EU-Arbeitszeitrichtlinie auch für die Soldatinnen und Soldaten umgesetzt. Bereits jetzt zeigt sich Nachsteuerungsbedarf bei der Festlegung der Ausnahmen und einer bürokratiearmen Handhabung. Daher muss die Umsetzung der Soldatenarbeitszeitverordnung weiterhin konstruktiv begleitet werden, um die sich ergebenden Defizite schnell zu korrigieren. Der finanzielle Ausgleich von Mehrarbeit in Grundbetrieb und Ausnahme muss das gleiche Niveau haben. Langzeitarbeitskonten müssen der Normalfall für die Menschen der Bundeswehr sein.

Neu es Beurteilungssystem einführen. // Die militärischen Beurteilungsbestimmungen müssen wieder dem Einzelnen gerecht werden. Aufgrund zahlloser Ausnahmen ist ein einheitlicher Beurteilungsmaßstab nicht mehr gewährleistet; das Verfahren ist intransparent und viel zu bürokratisch. Ein neues Beurteilungssystem muss möglichst einfach, nachvollziehbar, „inflationresistent“ und gerichtsfest sein. Ein einheitliches System für alle Statusgruppen ist zu prüfen.

Fordern, aber auch befördern! // Zu lange Wartezeiten auf die nächste Beförderung zerrütten die Motivation der Menschen. Zur Abhilfe muss es genügend Haushaltsstellen für das militärische und zivile Personal geben. In Zeiten ohne „Rotationserlass“, aber mit der „uniformträgerbereichs-unabhängigen Planstellenbewirtschaftung“ muss dem Spruch „Befördert wird ja noch, allerdings andere“ die Grundlage entzogen werden.

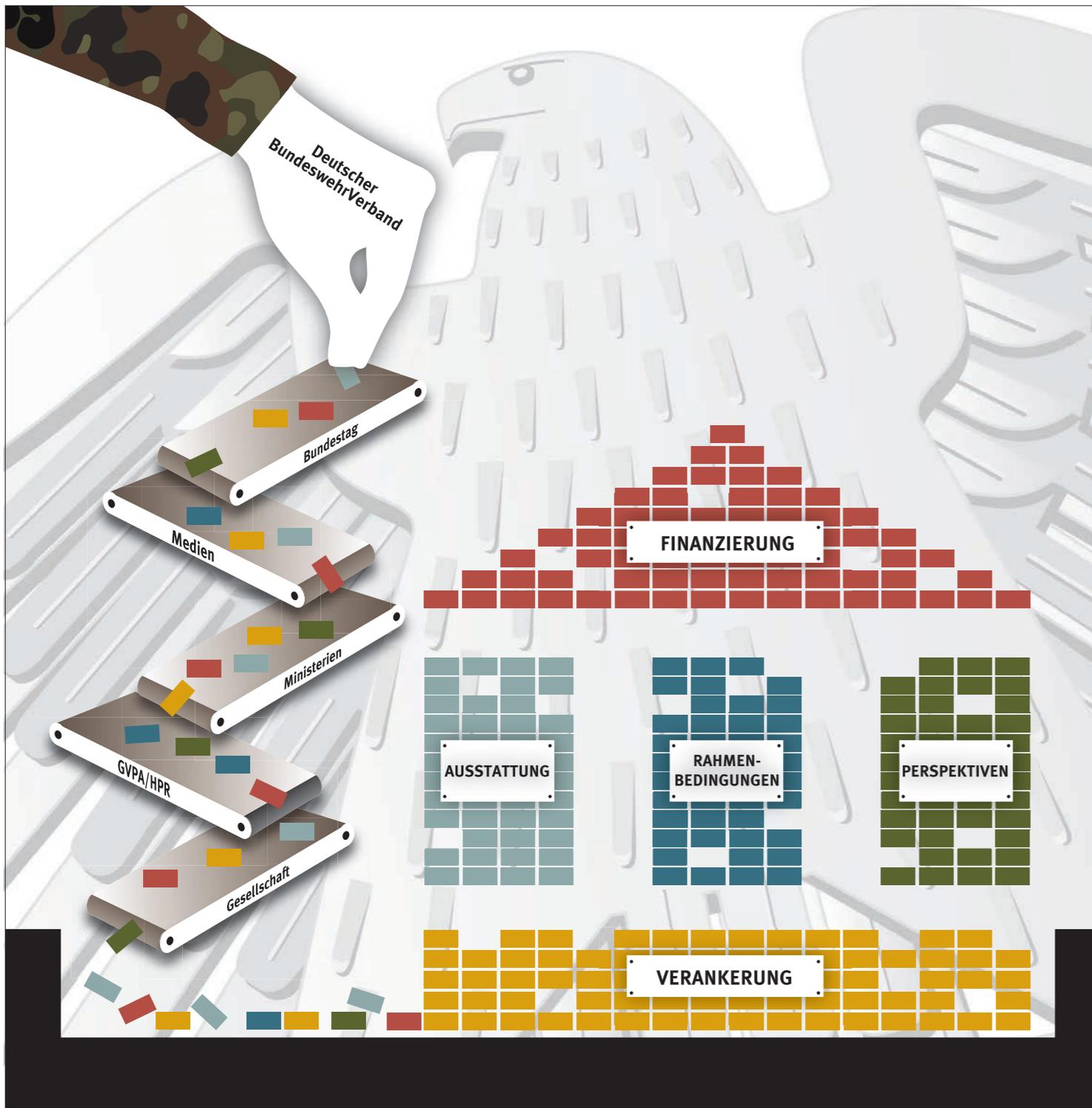
Wohnraum schaffen. // Es muss mehr bezahlbarer privater Wohnraum für die Menschen der „Pendlerarmee“ Bundeswehr in Standortnähe außerhalb der Kasernen geschaffen werden. Insbesondere bedarf es neuer Unterkunftsmodelle für die Soldaten der seegehenden Einheiten.



Alle Einsatzzeiten auf Alterssicherung anrechnen. // Zeiten im Auslandseinsatz können Ruhegehalt und Rente erhöhen, unterliegen aber derzeit noch unterschiedlichen Stichtagsregelungen. Alle Einsatzzeiten müssen ohne zeitliche Unterscheidung bis zur Höchstversorgung angerechnet werden.

Hinzuverdienstgrenzen abschaffen. // Alle Hinzuverdienstgrenzen für Anschlussbeschäftigungen nach der Dienstzeit sind abzuschaffen. Sie widersprechen der Freiheit des Einzelnen, sein Leben nach der Bundeswehr seinen eigenen Wünschen entsprechend zu gestalten. Jeder hat das Recht auf Chancengleichheit. Steuereinnahmen und Wirtschaftswachstum werden davon profitieren.

Nachteile beim Versorgungsausgleich beseitigen. // Berufssoldaten und Beamte mit einer gesetzlich vorgegebenen besonderen Altersgrenze treffen überproportional starke Belastungen durch den Versorgungsausgleich. Diese nach wie vor bestehende Benachteiligung ist zu beseitigen.



IMPRESSUM

Herausgeber:

Deutscher Bundeswehrverband e.V.
 Südstraße 123
 53175 Bonn
 Telefon: 0228/3823-0
 Telefax: 0228/3823-220
 E-Mail: service@dbwv.de

Gestaltung und Infografik:

Inga Attrot | Grafik Design
www.ingaattrot.de

Karikatur:

Thekla Priebst
www.theklapriebst.de

Bildnachweis:

M. Kohlschmidt (Seite 2), M. Stepniak (Seite 3, 6),
 T. Eisenkrätzer (Seite 3, 8), M. Tessensohn (Seite 3, 10),
 Y. Bombeke (Seite 3, 12), J. Wohlfromm (Seite 3, 16),
 Frank Henning (Seite 14)

Stand: März 2016

